

Wie werden wir in Zukunft leben? Egal mit welchem zeitlichen Horizont man das Thema angeht – im Kern geht es um die Frage, welche Welt wir unseren Kindern und Enkeln übergeben wollen. Eine Antwort bietet der Begriff „Nachhaltigkeit“ als „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. So das Ergebnis der internationalen Diskussionen über nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen Ende der 1980er-Jahre. Diese Definition hat in ihrer Einfachheit bis heute nichts an Aussagekraft verloren. Von einer nachhaltigen Politik sind wir in vielen Bereichen noch weit entfernt.

„Meinen Kindern soll es mal besser gehen als mir.“ Dieser Ausspruch unserer Eltern und Großeltern war aus der Erfahrung der Kriege in Europa geboren und ist Ausdruck eines Verantwortungsgefühls für ihre Nachkommen, die in Frieden, sozialer Sicherheit und Wohlstand aufwachsen sollten. In vielen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist das gelungen: Der Frieden ist zumindest in Mitteleuropa sicher geworden, Hunger und Not sind Vergangenheit, wir sind eine Wohlstandsgesellschaft. Die Generation unserer Eltern und Großeltern hat in diesem Sinne nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gehandelt und die Perspektiven ihrer Kinder für eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand verbessert.

Die Diskussion um den Klimawandel hat dem Begriff „Nachhaltigkeit“ neuen Aufschwung beschert. Oft wurde er missverständlich verwandt und ist schlicht „dauerhaft“ gemeint, wenn nachhaltig gesagt wird. Ungeachtet dessen, ist die Inflation des Begriffs zu begrüßen, denn sie eröffnet ihm die Chance, erläutert zu werden: Nachhaltigkeit hat drei Säulen, die ökonomische, die ökologische und die soziale. Nur eine Politik, die alle drei Säulen berücksichtigt, kann auf Dauer erfolgreich sein, eine Politik, die auf Dauer nur eine oder zwei der Säulen in den Vordergrund stellt wird, scheitern. Sie wird die Umwelt überlasten und/oder die Wirtschaft ruinieren und/oder die Menschen überfordern. Es ist ein logischer und damit auch politischer Fehler festzustellen, dass in der Vergangenheit die ökonomische auf Kosten der ökologischen Säule im Vordergrund stand, um daraus die Forderung abzuleiten, dass bis zu einem Gleichstand die ökologische Säule die Oberhand gewinnen müsse. So wird häufig von Umweltgruppen argumentiert. Es ist grundsätzlich unlogisch, einen Fehler durch einen anderen Fehler auszubügeln zu wollen. Da eine Politik nur dann auf Dauer erfolgreich sein kann, wenn sie alle drei Säulen der Nachhaltigkeit berücksichtigt, würde man einen Misserfolg auf diese Weise durch einen anderen ersetzen. Nachhaltigkeit würde tendenziell auf ein Attribut der Umweltpolitik reduziert. Wenn wir die „Möglichkeiten künftiger Generationen ..., ihre eigenen Bedürf-

nisse zu befriedigen“, nicht schmälern wollen, dann ist Nachhaltigkeit ein Grundprinzip aller Bereiche der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit spiegeln unterschiedliche Interessen wider: ökonomische, ökologische und soziale. Zwischen diesen Interessen muss ein Ausgleich stattfinden. Mit der Frage nach dem gerechten Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen sind wir in den Grundlagen unseres Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems angekommen. Um es auf den Punkt zu bringen: Den gerechten Ausgleich kann nur ein demokratisches System bewirken. Eine nachhaltige Politik ist daher eine Politik für Freiheit und Demokratie, für die Achtung der Menschenwürde und für Menschenrechte. Konsequenterweise weitergedacht, ist eine nachhaltige Politik damit auch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist eine Politik gegen die Verabsolutierung einer politischen Idee, gegen die Sucht mancher Zeitgenossen, andere zwangszubeglücken, ihnen Vorschriften machen zu wollen, wie sie zu leben haben. Nachhaltigkeit heißt auch, sich ständig um den richtigen – nachhaltigen – Weg zu bemühen, ihn in der offenen Diskussion mit anderen Interessen zu finden. Der Verzicht auf Offenheit, der Verzicht auf Diskussion, eine Politik „per ordre de mufti“ ist nicht nachhaltig.

Nun kann man an dieser Stelle den „wohlwollenden Diktator“ ins Spiel bringen oder – in abgemilderter Form – den Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger auf den Weg der Tugend führt. Von solchen Überlegungen ist nichts zu halten. Sie zeugen von Misstrauen gegenüber den Menschen und ihrer Fähigkeit, von sich aus zu wissen, was für sie und ihre Zukunft gut ist. Freiheit und Demokratie setzen ein Grundvertrauen in die Menschen voraus. Der nächste Schritt ist dann, diese Demokratie vernünftig zu organisieren, nicht, sie durch Bevormundung zu ersticken. CDU

und CSU sind historisch und aktuell die Parteien der Freiheit, der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft. Sie sind programmatisch und im faktischen Handeln auf eine nachhaltige Politik angelegt. Bei allen anderen Parteien stehen das Verhältnis der drei Säulen und die darauf aufbauende Politik langfristig in einer Schiefelage. Einzig die Union bietet die Chance, dass auf Dauer tatsächlich ein gerechter Ausgleich der Interessen stattfindet. Das ist auch der Kern einer Politik der Mitte. Die aktuelle Diskussion um die Instrumente des Klimaschutzes ist geeignet, die Probe aufs Exempel zu machen und die kurzsichtige Spreu vom nachhaltigen Weizen zu trennen. Eine Politik, die fordert, dass die Industrienation Deutschland bis zum Jahr 2020 nicht nur aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung aussteigt, sondern auch auf die Kohleverstromung verzichtet, fällt sehenen Auges die ökonomische und in der Folge auch die soziale Säule der Nachhaltigkeit. Wer ernsthaft überlegt, mit staatlichem Dirigismus Hausbesitzern unwirtschaftliche Vorgaben zur energetischen Sanierung ihrer Häuser zu machen, verkennet die soziale Dimension und mindert drastisch die Bereitschaft der Menschen zum Engagement. Wer Regelungen durchzusetzen versucht, die bestimmte Technologien einseitig bevorzugen, schränkt gerade die Freiheit ein, die wir zurzeit am dringendsten brauchen: die Freiheit zur Kreativität und zur ökonomisch effektivsten Lösung. Solche und ähnliche Ansätze in der aktuellen Diskussion, die ökonomische Säule zu kappen und die Freiheit zu beschneiden, sind nicht nachhaltig. Sie bewirken letztlich das Gegenteil dessen, was bezweckt ist. Nachhaltigkeit ist ein Grundprinzip aller Bereiche der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft in einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist eine Politik des rechten Maßes und eine Politik der Mitte. CDU und CSU sind die Parteien der Nachhaltigkeit und der Mitte.